

EP-U-01NEU3 Kapitel 1: Erhalten, was uns erhält: unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 11.11.2018
Tagesordnungspunkt: EP-U Europawahlprogramm (Kapitel 1)
Status: Zurückgezogen (unsichtbar)

1 Ein Europa ohne Kohle, Atomkraft und sonstige fossile Energien ist möglich. Wir wollen die
2 Europäische Union zum weltweiten Vorreiter für Klimaschutz, erneuerbare Energien und
3 Energieeffizienz machen. Unser Kontinent hat gerade hier noch enorme Potenziale, die bislang
4 weitgehend brachliegen. Durch saubere Energiequellen kann eine weitgehende Energie-
5 Unabhängigkeit erreicht, können Klima und Umwelt geschützt und nachhaltige Jobs geschaffen
6 werden. Das ist unser Ziel. Die gute Nachricht: Alle Lösungen dafür stehen bereit, sie
7 müssen nur angepackt werden!

8 Die Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen unserer Generation. Versagen wir bei
9 der Eindämmung der Krise, haben wir als politische Generation versagt. Mit Klimaschutz
10 schützen wir nicht nur (und noch nicht einmal in erster Linie) Arten und Natur. Wir schützen
11 unsere Lebensgrundlagen, aber auch die liberale Demokratie, ein Gemeinwesen, das in der Lage
12 ist, wertebasierte Politik zu machen. Und wir schützen die ökonomische Basis, auf der wir
13 unsere Politik aufbauen. Wir leben bereits in einer Welt, die sich um ein Grad erwärmt hat.
14 Diese Veränderung birgt schon heute erhebliche Risiken auf unser Zusammenleben und unsere
15 Freiheit. Eine Erderhitzung, die nicht unter 1,5 Grad liegt, wird unkontrollierbare Folgen
16 haben. Und sie trifft zuerst jene, die die Klimakrise nicht verursacht haben und sich am
17 wenigsten vor den Auswirkungen schützen können: Menschen, besonders Frauen, in den Ländern
18 des globalen Südens. Deshalb streiten wir - an der Seite einer globalen Bewegung - für
19 Klimagerechtigkeit. Viele werden ihr Zuhause verlassen müssen und sich als Klimaflüchtlinge
20 auf den Weg machen. Die weltweiten Migrationsbewegungen werden zunehmen. Selbst die Weltbank
21 rechnet mit 140 Millionen Klimaflüchtlingen bis 2050. Es wird zu Kriegen um Wasser,
22 fruchtbare Böden oder sichere Stätten kommen. Wir werden uns der Verantwortung so oder so
23 nicht entziehen können. Doch die Zeit läuft uns davon. Hitzerekorde, Dürren,
24 Überschwemmungen und starke Stürme liefern fast täglich neue Schreckensmeldungen. Der
25 vergangene Sommer hat auf eindringliche Weise gezeigt, dass die Klimakrise längst auch bei
26 uns in Europa Realität ist. Es ist höchste Zeit, dass die EU ihre Klimapolitik endlich an
27 den Zielen des Pariser Klimaabkommens ausrichtet.

28 Die Europäische Union muss zu einer Union des Klimaschutzes werden. Das heißt nicht nur,
29 dass sie eine andere Energie-, Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik betreibt, sondern
30 dass sie die ökologischen Fragen auch ins Zentrum ihrer Außen-, Sicherheits- und
31 Friedenspolitik stellt. Wie wir unseren Energiehunger stillen, wird maßgeblich die
32 Leitlinien der Außenpolitik bestimmen. Ob wir schmutzige Deals mit Diktatoren um Öl, Gas und
33 Kohle eingehen oder eine demokratische Energieinfrastruktur auf Basis der Erneuerbaren
34 aufbauen, macht einen Unterschied. Die EU-Energieaußenpolitik muss auf Nachhaltigkeit und
35 einen Dialog auf Augenhöhe im Interesse der betroffenen Staaten setzen. Zu einer solchen,
36 gemeinsamen EU-Außenpolitik ist daher eine starke, auf Erneuerbarer Energien basierende
37 Energieunion notwendig.

39 Eine Handels- und Landwirtschaftspolitik, die unseren Reichtum auf Kosten Dritter
40 erwirtschaftet, oder stattdessen faire Partnerschaften, die einen gedrosselten
41 Ressourcenverbrauch bei uns bedeuten, machen einen Unterschied. Fischen wir die Meere leer
42 oder sorgen wir für halbwegs intakte Meeresökologie? Exportieren wir unseren Müll ins
43 Ausland oder verzichten wir auf Wegwerfplastik? Mit welchen Wohlstandsindikatoren wollen wir
44 am Gemeinwohl orientiertes Wirtschaften stärken?

45 Viele Menschen sind weiter als die Politik: zum Beispiel diejenigen, die sich an
46 Bürgerenergieprojekten beteiligen, auf ökologisch erzeugte Lebensmittel setzen, die in
47 Nachhaltigkeit und grüne Infrastruktur investieren. Viele europäische Städte tüfteln schon
48 lange an einer autofreien Zukunft. Aber auch innovative Unternehmen, Ingenieur*innen,
49 Wissenschaftler*innen und viele mehr haben sich auf den Weg gemacht. Mit ihnen allen
50 verbünden wir uns. Und packen an. Für ein Europa, das ohne Kohle- und Atomstrom auskommt,
51 eine Agrarpolitik betreibt, die auf ökologischen Kriterien basiert, Tiere schützt und
52 Landwirten eine Perspektive gibt, ein Europa, das mit einer Plastikabgabe plastikmüllfrei
53 wird und unsere Meere schützt.

54 Schadstoffbelastete Böden und Gewässer, weniger Summen und Brummen in der Luft - das sind
55 Anzeichen einer kranken, ausgelaugten und überstrapazierten Natur, die auf den Menschen
56 zurückgehen. Und Anzeichen dafür, dass wir Grenzen überschreiten. Diesen Herausforderungen
57 müssen wir uns stellen. In einem gemeinsamen Europa können wir mit weniger Gülle, weniger
58 Pestiziden und einem Verbot von Glyphosat Tieren und Pflanzen wieder mehr Lebensraum geben.
59 Mit einer Wasserrahmenrichtlinie, die wir konkretisieren und konsequent umsetzen, verbessern
60 wir die Qualität von Flüssen und Seen. Und mit europäischen Korridoren für Biotop und mehr
61 Wildnisflächen erhalten wir wichtige Lebensgrundlagen. Wir wollen ein gemeinsames Europa,
62 das seine Umwelt und Natur schützt.

63 Bei der sauberen Mobilität, bei den erneuerbaren Energien oder auch beim Divestment hinkt
64 Europa hinterher. Wir wollen grüne Anleihen europaweit stärken und eine Richtlinie für
65 ökologische Transparenz am Finanzmarkt schaffen. Für den Verkehr der Zukunft wollen wir eine
66 europäische Batteriezellenproduktion aufbauen, die sparsam mit den notwendigen Ressourcen
67 umgeht. Damit sorgen wir für mehr klimafreundliche Mobilität und halten zugleich die
68 Wertschöpfung in Europa. Digitale Technologien wollen wir stärker für vernetzte Mobilität
69 einsetzen. Zudem knüpfen wir ein europaweites Schienennetz und verlagern Güter von der
70 Straße auf die Gleise. Mit einem dynamisch ansteigenden CO₂-Mindestpreis sorgen wir für
71 wirksamen Klimaschutz. Und für mehr Erneuerbare und größere Versorgungssicherheit schaffen
72 wir einen gesamteuropäischen Stromverbund und ein intelligentes Stromnetz. Das alles geht
73 nur gemeinsam. In einem gemeinsamen Europa.

74 **1.1 Klimaschutz fördern, für ein Europa der Erneuerbaren Energien, raus aus Kohle- und** 75 **Atomkraft**

76 Die Europäische Union ist reich an sauberen Energiequellen. Die Erneuerbaren haben weltweit
77 10,3 Millionen Arbeitsplätze geschaffen, davon mehr als 1,1 Millionen in der EU und über
78 300.000 in Deutschland. Investitionen in Erneuerbare und in Energieeffizienz sind
79 mittlerweile der kostengünstigste Weg für eine nachhaltige Energieversorgung und der Garant
80 für eine zukunftsfähige Ausrichtung der Wirtschaft. Es darf nicht sein, dass Europa durch
81 die rückwärtsgewandte Klimapolitik der Bundesregierung und der Europäischen Union bei dieser
82 rasanten Entwicklung den Anschluss verliert. In China und den USA wird mittlerweile deutlich
83 mehr in Erneuerbare investiert als in der EU.

84 Wir wollen das ändern! Wir wollen ein zu 100 % erneuerbares und ein energieeffizientes
85 Europa als Treiber für die internationale Energiewende. Dafür muss das europäische
86 Klimaschutzziel, das sich keineswegs auf dem Pfad der Pariser Klimaziele bewegt,
87 ambitionierter und verbindlich werden. Bis 2030 müssen 45 % von Europas Energie, die wir

88 beim Strom, der Wärme und bei der Mobilität verbrauchen, erneuerbar sein, und bis 2050
89 müssen es 100 % sein. Nur so kann Europa seinen Beitrag leisten, um die Klimakrise
90 einzudämmen und die globale Erhitzung auf deutlich unter 2, möglichst 1,5 Grad zu begrenzen.
91 Die CO₂-Emissionen müssen zudem bis 2030 um mindestens 55 % gegenüber 1990 gesenkt werden.
92 Bei der Energieeffizienz braucht es eine Verbesserung um 40 % im Vergleich zum Jahr 1990, um
93 ein maximal technisch mögliches Niveau der Energieeffizienz für 2050 zu erreichen. Diese
94 Ziele müssen wir kontinuierlich überwachen und falls nötig anpassen. Wenn der Klimawandel
95 sich beschleunigt, ist es notwendig, schneller voranzukommen.

96 Die Verbrennung von Kohle ist die klimaschädlichste Form der Stromerzeugung. Darüber hinaus
97 schafft Kohleverbrennung gesundheitliche Probleme. Dabei gibt es längst Alternativen:
98 Erneuerbare Energien sind sauberer, sicherer, effizienter und mittlerweile auch billiger.
99 Länder wie Frankreich, Dänemark, Schweden, Österreich, die Niederlande oder Italien haben
100 sich der globalen Allianz für den Kohleausstieg (Powering Past Coal Alliance)
101 angeschlossen, die sich für einen Kohleausstieg bis spätestens 2030 ausspricht. Diesen
102 Vorreitern muss sich die Europäische Union inklusive Deutschland anschließen, statt an der
103 klimaschädlichen Kohle festzuhalten.

104 Der Export von dreckigem deutschem Kohlestrom untergräbt in Europa den Ausbau der
105 Erneuerbaren. Kohlekraft schadet nicht nur dem Klima, sondern setzt auch hochgiftige
106 Schadstoffe frei. Die hohen Folgekosten für die Verbrennung von Kohle in Europa dürfen nicht
107 weiter zu Lasten der Allgemeinheit gehen, die die Kosten und Risiken dafür trägt. Die
108 Stromversorgung wird im Zuge der Abschaltung der unflexiblen, ineffizienten Kohle- und
109 Atomkraftwerke durch den Zubau erneuerbarer Energien sowie von hocheffizienten
110 Kraftwärmekopplungsanlagen sichergestellt, die zunehmend nur noch mit erneuerbaren Energien
111 betrieben werden. Ob CO₂, Quecksilber, Feinstaub oder Stickoxide: überall sind
112 Kohlekraftwerke als Hauptverursacher dabei. Deshalb müssen wir jetzt beginnen,
113 Kohlekraftwerke abzuschalten. Daran muss sich Politik messen lassen. Wir brauchen nicht nur
114 in Deutschland, sondern auch in Europa einen vollständigen Kohleausstieg.

115 Die hochgefährliche Atomkraft, deren Kosten und Risiken auf viele zukünftige Generationen
116 abgewälzt werden, bekämpfen wir europaweit. Der dringend notwendige Kohleausstieg darf nicht
117 dazu führen, dass Kohle durch Atom ersetzt wird. Die Atombranche etwa in Frankreich setzt
118 auf eine Renaissance der französischen Atomkraft . Die dort diskutierte Laufzeitverlängerung
119 von Atomkraftwerken lehnen wir ab. Es ist völlig unverantwortlich, dass Atomkraftwerke, die
120 für eine Laufzeit von maximal 40 Jahren konzipiert wurden, nun trotz zunehmender Störfälle
121 60 Jahre am Netz bleiben sollen. Auch Belgien macht keine Anstalten, seine Schrottreaktoren
122 vorzeitig stillzulegen. Die Laufzeiten für Atomkraftwerke sind auf ein absolutes Maximum von
123 40 Jahren zu begrenzen. Risiko-AKW's wie die französischen Reaktoren Cattenom und Fessenheim,
124 das belgische Tihange oder das tschechische Temelín sind sofort abzuschalten. Der Betrieb
125 dieser Schrottmeiler birgt unbeherrschbare Risiken für alle Europäer*innen. Darüber hinaus
126 fordern wir ein neues Regelwerk auf europäischer Ebene, das es Bürger*innen und
127 Anrainerstaaten ermöglicht, Einfluss auf die Sicherheitsanforderungen für grenznahe
128 Atomkraftwerke nehmen zu können. Die Atomtransporte in Europa müssen systematischer erfasst,
129 transparenter gemacht und auf ein Minimum beschränkt werden.

130 Nur durch milliardenschwere staatliche Beihilfen rechnet sich der Bau von Atomkraftwerken in
131 Europa überhaupt noch - und dient beispielsweise in Großbritannien indirekt auch den
132 Atomwaffenprogrammen. Diese Subventionen sind möglich, weil immer noch auf Grundlage des
133 längst überholten Euratom-Vertrags entschieden wird. Diese indirekten und direkten
134 Subventionen müssen beendet werden. Alle Passagen dieses Vertrages, die Investitionen,
135 Forschungsförderung und Genehmigungsprivilegien im Bereich der Atomkraft begünstigen und
136 AKW-Projekten gegenüber anderen Energieträgern einen wettbewerbsverzerrenden Vorteil
137 verschaffen, müssen gestrichen werden. Der AKW-Rückbau und die Entsorgung von Atommüll

138 mitsamt transparenter Beteiligung und Mitwirkung der Bevölkerung bei der Endlagersuche
139 sollen zur Kernaufgabe von Euratom werden. Zudem müssen die EU-weit geltenden einheitlichen
140 Sicherheitsstandards wesentlich strenger werden. Ebenso verlangt die unterirdische
141 Endlagerung hohe, einheitliche Mindestanforderungen. Darüber hinaus ist ein neues
142 einheitliches europäisches Haftungsregime mit deutlich höheren Anforderungen und einer
143 Einbeziehung grenzüberschreitender Auswirkungen notwendig; Bei den Entscheidungen zu Euratom
144 wollen wir in Zukunft ein klares demokratisches Mitspracherecht durch das Europäische
145 Parlament. Um das Ziel von 100% erneuerbarer Energie in Europa für 2050 erreichen, muss die
146 Förderung von Photovoltaik, Windenergie, Biomasse und anderen regenerativen Stromquellen auch
147 auf europäischer Ebene noch stärker vorangetrieben werden. Damit die Energiewende europaweit
148 gelingt, braucht es eine Erneuerbare-Energien-Union. Den Energie-Charta-Vertrag, der
149 Konzernen Sonderklagerechte einräumt und damit den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg
150 aushebelt, wollen wir hingegen kündigen.

151 *Klimabedingte Migration und Flucht würdevoll gestalten – Klimapass für Bewohner*innen von*
152 *bedrohten Inselstaaten*

153
154 Für Millionen von Menschen weltweit ist die Klimakrise längst kein theoretisches Phänomen
155 mehr. Neben einer grundlegenden Kehrtwende in der eigenen Klimapolitik ist es deshalb
156 Aufgabe der EU, die betroffenen Länder technisch und finanziell bei der Anpassung an die
157 Klimakrise und bei der Bewältigung ihrer Folgen zu unterstützen. Dennoch werden Menschen
158 gezwungen sein, ihre Heimat zu verlassen. Wir wollen, dass die EU dazu beiträgt, diesen
159 Menschen eine würdevolle und selbstbestimmte Migration zu ermöglichen – innerhalb ihres
160 Landes, in ihrer Region, gegebenenfalls auch nach Europa. Historisch betrachtet sind die
161 westlichen Industriestaaten die Hauptverursacher klimaschädigender Treibhausgase. Daher soll
162 die EU zusammen mit anderen Industriestaaten vorgehen und im Rahmen einer gemeinsamen
163 Regelung den Bewohner*innen von bedrohten Inselstaaten, die durch die Klimakrise unbewohnbar
164 werden, Klimapässe anbieten. Diese sollen zusätzlich und nicht alternativ zu bestehenden
165 Initiativen und Forderungen der Inselstaaten etabliert werden. Auch andere Staaten mit
166 historisch oder gegenwärtig hohen Treibhausgasemissionen sollen als Partner für diese
167 gerechte Klimafolgenanpassung gewonnen werden. Zugleich sollte die EU Prozesse unterstützen,
168 in denen mit betroffenen Staaten über völkerrechtliche Ansätze zum Umgang mit klimabedingter
169 Migration, Flucht und Vertreibung sowie zum Zugang zu internationalem Schutz beraten wird.

170
171 *CO₂ einen Preis geben und den Menschen das Geld*

172 Treibhausgase müssen einen Preis entsprechend ihrer Klimawirksamkeit bekommen. Dieser Preis
173 besteht nach unseren Vorstellungen aus zwei Komponenten: Für alle Anlagen, die dem
174 Emissionshandel unterliegen – das sind vor allem Industrieanlagen sowie Kohle- und
175 Gaskraftwerke –, muss es einen deutlich steigenden Mindestpreis für CO₂-Emissionen geben,
176 denn Unternehmen brauchen Planungssicherheit, um nachhaltige Investitionsentscheidungen zu
177 treffen. Die letzte Reform des Emissionshandels war viel zu zaghaft, zusätzlich muss die
178 Anzahl der Zertifikate im Emissionshandel entsprechend des Pariser Klimaziels weiter
179 reduziert werden. Nur so entfaltet der CO₂-Preis eine echte Lenkungswirkung. Deutschland
180 soll zunächst mit einigen EU-Staaten die Initiative ergreifen und in einer regionalen
181 Staatengruppe einen gemeinsamen CO₂-Mindestpreis einführen; die Niederlande und Frankreich
182 haben ihre Absicht dazu schon erklärt. Perspektivisch wollen wir eine gesamteuropäische
183 Lösung vorantreiben.

184 Für die Sektoren, die bislang nicht vom Emissionshandel erfasst werden, benötigen wir eine
185 grundlegende Änderung der Abgaben. Fossile Treib- und Wärmebrennstoffe müssen entsprechend
186 für ihren jeweils spezifischen CO₂-Ausstoß den wahren Preis kosten.

187 Zeitnah wollen wir dafür sorgen, dass Produkte und nicht die Produktion dem europäischen

188 CO₂-Mindestpreissystem unterliegen. So würden wir in Deutschland und Europa zukünftig den
189 Verbrauch von CO₂ und nicht die Produktion verteuern. Dadurch verhindern wir, dass der hohe
190 CO₂-Preis die Produktion und damit den CO₂-Ausstoß in Länder verlagert, in denen es keinen
191 vergleichbar hohen Preis für CO₂ gibt. Den dafür notwendigen Grenzausgleich („border carbon
192 adjustment“) wollen wir WTO konform gestalten. Perspektivisch wollen wir weitere
193 umweltschädliche Effekte analog zur CO₂-Besteuerung in eine umfassende Verschmutzungs- und
194 Ressourcenbesteuerung aufnehmen.

195 Da Steuern und Abgaben auf Verbrauch immer sozial schwächere Haushalte stärker belasten als
196 reichere, wollen wir die zusätzlichen Einnahmen aus der CO₂-Besteuerung an die
197 Verbraucher*innen zurückgeben. Unser Ziel ist die Schaffung eines Energiegeldes als Pro-
198 Kopf-Zahlung an die Menschen in Europa. Solange dies nicht europäisch umsetzbar ist, werden
199 wir uns auf nationaler Ebene dafür einsetzen.

200
201 Wir wollen Energiearmut bekämpfen, indem europaweit Sozialtarife geschaffen werden,
202 betroffene Haushalte eine kostenfreie und unabhängige Energieberatungen erhalten und die
203 eigene Energieerzeugung und -einsparung gefördert wird.

204 *Beschäftigte beim Strukturwandel in Kohlerevieren unterstützen*

205 Der Kohleausstieg wird dazu führen, dass einerseits Arbeitsplätze verloren gehen und
206 andererseits in neuen Zukunftsbranchen deutlich mehr Arbeitsplätze entstehen. Dennoch nehmen
207 wir die Sorgen und Ängste der Betroffenen ernst und lassen die Menschen nicht im Stich. Bei
208 diesem Strukturwandel müssen wir die Beschäftigten und die Regionen unterstützen, damit sie
209 eine Perspektive haben. Mit den Mitteln der EU-Strukturfonds sollen „Kohleausstiegsregionen“
210 speziell gefördert werden. Neue regionale Wirtschaftsschwerpunkte werden aufgebaut und
211 passgenaue Weiterbildung wird angeboten. Wir werden dafür ein Recht auf Weiterbildung und
212 lebenslanges Lernen in ganz Europa verankern. Das hilft nicht nur den vom Strukturwandel
213 Betroffenen, sondern ist auch ein Mittel gegen Fachkräftemangel. Die Sozialpartner sollen
214 ihre spezifischen Kompetenzen aktiv in den Prozess des Strukturwandels einbringen können.”

215 *Europas Energie vernetzen*

216 Selbst wenn Energiepolitik innerhalb der EU heute immer noch vor allem in der nationalen
217 Kompetenz liegt, sind die Mitgliedsländer durch den gemeinsamen Strommarkt eng miteinander
218 verbunden. Europa muss sich energiepolitisch weitgehend unabhängig machen. Wir brauchen
219 nicht mehr Erdgas, sondern mehr Erneuerbare und höhere Energieeffizienz. Die Weichen dafür
220 stellen wir, indem wir die Energiewende im Wärmesektor vorantreiben und dafür sorgen, dass
221 Gebäude in Europa energieeffizient werden und erneuerbare Energien nutzen. Das Projekt Nord
222 Stream 2 lehnen wir daher ebenso ab wie neue Pipelineprojekte, Frackingvorhaben und den
223 Import von geacktem Gas. Doch auch der Bau von LNG-Terminals ist keine Alternative für die
224 Dekarbonisierung der europäischen Energieversorgung. Die starke Abhängigkeit Europas von
225 klimaschädlichen Energieimporten muss in einer gemeinsamen europäischen Anstrengung
226 überwunden werden.

227 Europa muss zusammenwachsen, auch im Strombereich. Mit einem gesamteuropäischen Stromverbund
228 stärken wir die Versorgungssicherheit, indem Angebot und Nachfrage auf eine breitere Basis
229 gestellt werden. Damit schaffen wir ein gemeinsames Netz für ganz Europa und verbinden
230 Lissabon mit Helsinki. Wir beugen auch Lieferengpässen vor und sorgen für mehr
231 Unabhängigkeit.

232 Für Europa brauchen wir dazu ein intelligentes Stromnetz, das sowohl die erneuerbaren
233 Energien dezentral verknüpft und überregional verbindet als auch über flexibel steuerbaren
234 Stromverbrauch clever das zunehmend erneuerbare Stromangebot vernetzt.

235 Nötig sind europäische Strom- und Gasnetze, die der Energiewende dienen und helfen, die
236 natürlichen Schwankungen der Erneuerbaren auszugleichen. Dieses Prinzip muss Leitschnur für
237 die Auswahl der transeuropäischen Netzbauprojekte sein. Wir wollen die Erzeugungspotenziale
238 in Europa vernetzen und dabei Maß und Mitte halten zwischen zentralen und dezentralen
239 Strukturen. Auch die zukünftig erforderliche Speicherstruktur muss europäisch gedacht und
240 geplant werden. Um mehr Speicherkapazitäten zu schaffen, setzen wir uns für ein
241 Markteinführungsprogramm für Energiespeicher ein.

242 Risikotechnologien wie die CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS), also die Einlagerung von
243 CO₂ in unterirdische Lagerstätten, und die Förderung von Erdgas und Erdöl durch Fracking
244 lehnen wir wegen der unabsehbaren Gefahren für Gesundheit, Trinkwasser und Umwelt ab.
245 Angesichts der Größe der Herausforderungen ist es aber unerlässlich, dass wir die
246 verschiedenen Ansätze für negative Emissionen und ihre Einsatzpotenziale und Risiken
247 gründlich erforschen. Großmaßstäbliche Hochrisikotechnologien, die auf unabsehbare Weise in
248 Atmosphäre und Ökosysteme eingreifen, lehnen wir ab. Stattdessen müssen diese enormen
249 Gelder in Technologien zur Einsparung von Treibhausgasen investiert werden. Dazu gehört zum
250 Beispiel das Aufforsten von Wäldern sowie das Pflanzen von Bäumen, denn Bäume speichern CO₂,
251 produzieren Sauerstoff und sind daher eine wichtige Klimaschutzmaßnahme. Hierfür schlagen
252 wir ein EU-Förderprogramm vor.

253 *Union für Energie- und Ressourceneffizienz*

254 Wir wollen Investitionen in Erneuerbare, Energie- und Ressourceneffizienz fördern, die
255 Arbeitsplätze schaffen und die Kosten für die Verbraucher*innen reduzieren. Diese
256 Investitionen in der Industrie werden ausgelöst durch planbar steigende Preise für CO₂-
257 Emissionen. Je mehr Energie eingespart wird, desto günstiger wird Klimaschutz. Schlüssel für
258 weniger Energieverbrauch sind die Bereiche Planen, Bauen und Wohnen, der Umstieg auf eine
259 energieeffiziente Elektromobilität, Digitalisierung, effiziente Produktion und
260 energiesparende Produkte mit einer langen Lebensdauer. Wir wollen den Umstieg privater
261 Verbraucher*innen auf Geräte mit geringerem Energieverbrauch fördern sowie kleinen
262 Unternehmen eine günstigere Grundversorgung mit Strom und Wärme ermöglichen. Die vom EU-
263 Parlament und Rat geschaffene Ökodesign-Richtlinie legt für verschiedene Produktgruppen
264 ökologische Mindeststandards fest. Das ist richtig, reicht aber lange noch nicht aus. Wir
265 wollen für weitere Produkte ökologische Mindeststandards festlegen. So können wir
266 ökologische Innovationen, beispielsweise im Bereich Verkehr, fördern.

267
268 Wir möchten, dass jedes neue Gebäude in Europa energieeffizient ist und erneuerbare Energien
269 selbst erzeugt - zum Beispiel in Form von Solarstrom, Solarwärme, Erdwärme oder einer
270 Kombination daraus und erneuerbare Energien direkt oder über Wärmenetze nutzt. Bei Neubauten
271 der öffentlichen Hand wie beispielsweise Schulen, Turnhallen, Verwaltungsgebäuden und
272 Schwimmbädern soll dies zur Pflicht werden. Die Begrünung von nicht zur Solarenergienutzung
273 geeigneten Dachflächen trägt zu einem gesunden Stadtklima bei.

274 *Nachhaltigen Konsum ermöglichen*

275
276
277 Um die Klimaziele zu erreichen, soll es leichter werden, nachhaltig zu leben. Von Flugreisen
278 bis zu Tierprodukten geht der überdurchschnittliche Konsum im westlichen Europa zu Lasten
279 des globalen Südens und zukünftiger Generationen. Wir wollen Anreize setzen, weniger zu
280 verbrauchen und zu konsumieren. Dafür wollen wir die Lebensdauer und Gewährleistungsfristen
281 von Gütern erhöhen, den Flächenverbrauch in Europa stoppen, pflanzliche Ernährung fördern.
282 Statt weiter wachsendem Flugverkehr wollen wir die Mobilität auf der Schiene stärken.
283 Initiativen zum Ausbau der Kreislaufwirtschaft und der Sharing Economy unterstützen wir.

284 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 285 • einen europaweiten Ausstieg aus Kohle-, Atomstrom und weiteren fossilen Energieträgern
286 sowie einen deutlich schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien,
- 287 • ein Programm, das Arbeitnehmer*innen in Kohleausstiegsregionen unterstützt,
- 288 • Investitionen in intelligente Stromnetze für erneuerbare Energien, einen
289 transeuropäischen Netzausbau und in Energiespeicher,
- 290 • einen wirksamen Preis für CO₂,
- 291 • einen Aktionsplan für klimaschonende Wärmeversorgung.

292 **1.2 Europa verbinden mit grüner Mobilität**

293 Europa lebt vom grenzüberschreitenden Austausch. Reisen, leben, lieben und arbeiten jenseits
294 nationaler Grenzen ist selbstverständlich geworden. Europa braucht ein Verkehrssystem, das
295 den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Ein System, das unsere Lebensqualität
296 steigert. Steigende CO₂-Emissionen verschärfen die Klimakrise, Stickoxide sowie Feinstaub
297 und Ultrafeinstaub schädigen massiv die Gesundheit, und Staus auf zahlreichen Straßen rauben
298 uns die Zeit. Gleichzeitig fehlt in ländlichen Regionen ein flächendeckender Nahverkehr,
299 sind Züge unzuverlässig und Radwege oftmals in schlechtem Zustand. Das wollen wir ändern.
300 Wir möchten in Europa eine Mobilität, die klimaneutral, kostengünstig und für alle nutzbar
301 ist und Umwelt und Gesundheit schützt. Europa muss das Zukunftsprojekt Mobilität gestalten.
302 Wir sind überzeugt, dass eine sozial und ökologisch verträgliche Mobilität mit modernsten
303 technischen Möglichkeiten realisierbar ist. Das bedeutet: mehr für Fuß- und Radverkehr,
304 weniger, aber dafür saubere und leise Autos, bessere Zug- und ÖPNV-Angebote, weniger
305 Kurzstreckenflüge und eine bessere Vernetzung unterschiedlicher Verkehrsträger in der Stadt
306 und auf dem Land. Der Straßenverkehr muss sicherer werden, wir treiben dafür die Entwicklung
307 und den Einsatz von Assistenzsystemen für PKW und LKW voran, die beispielsweise
308 Gefahrensituationen mit Fahrradfahrenden erkennen, warnen und etwa abbremmen. Mittelfristig
309 wollen wir autofreie Innenstädte schaffen. An der Lösung des Ultrafeinstaub-Problems im
310 Umfeld der Flughäfen muss intensiv gearbeitet werden.

311 Europa braucht einen Paradigmenwechsel bei den Investitionen in Straßen: Statt Milliarden in
312 den Neubau zu stecken, muss die bröckelnde öffentliche Infrastruktur dringend saniert
313 werden. Damit der Verkehrssektor jetzt seinen Beitrag zum Klimaschutz leistet fordern wir
314 die Einführung eines CO₂-Preises auf alle fossilen Treibstoffe, damit aktuell saubere
315 Antriebe im Verhältnis günstiger werden. Auch die Produktion von Palmölkraftstoffen führt
316 durch die Rodung des Regenwaldes zu erheblichen Mengen CO₂. Die Beimischung dieser Stoffe
317 wollen wir beenden.

318 Einer der Hauptverursacher für Lärm ist der Verkehr, entsprechend gesundheitlich belastet
319 sind Anwohner*innen von lauten Straßen. Wir setzen uns für leise Mobilität ein und treten
320 für strengere Grenzwerte ein. Der Lärm aus absichtlich laut gestalteten Motorrädern und
321 Autos schwillt immer weiter an. Wir wollen die Normtests für Fahrzeuglärm der Realität
322 anpassen. Die EU-Lärmgrenzwerte sind in allen Betriebszuständen und allen Frequenzen
323 einzuhalten.

324 Auch den Fahrradverkehr und die Nutzung elektrisch unterstützter Pedelec-Fahrräder wollen
325 wir intensivieren und die Pedelecs versicherungsrechtlich mit Fahrrädern gleichgestellt
326 lassen. Die mittlerweile 15 europäischen Fernradwege, die Euro-Velo-Routen, wollen wir
327 ausbauen, um den grenzüberschreitenden Fahrradverkehr zu fördern.

328 *Ein europäisches Schienennetz knüpfen*

329 Um die grüne europäische Mobilität zu fördern, muss Europa auf der Schiene noch mehr
330 zusammenwachsen. Anstatt vorrangig milliardenschwere Großprojekte, wie Stuttgart 21, mit
331 wenig europäischem Nutzen zu finanzieren, müssen europäische Fördermittel gezielt für
332 bestehende und fehlende Abschnitte eingesetzt werden. Das europäische Eisenbahnnetz ist noch
333 immer ein Flickenteppich mit zahlreichen Lücken an den nationalen Grenzen. Das 2016 erstmals
334 aufgelegte europäische Lückenschlussprogramm ist ein grüner Erfolg, der deutliche
335 Verbesserungen schafft. Aber schon jetzt wird deutlich, dass die Nachfrage das Programm
336 überfordert. Deswegen fordern wir eine Verdoppelung der Mittel. Damit schaffen wir mit wenig
337 Aufwand einen besseren grenzüberschreitenden Schienenverkehr. Davon profitieren gerade die
338 Menschen, die alltäglich darauf angewiesen sind. Mobilität ist Grundlage für
339 gesellschaftliche Teilhabe. Die Infrastruktur muss in öffentlicher Hand bleiben. Nur so kann
340 ein gutes und attraktives Verkehrsangebot gesichert werden.

341 Während man in Europa relativ einfach mit dem Auto über Grenzen fährt, müssen im
342 Schienenverkehr oftmals Loks, Personal und Stromnetz gewechselt werden. Das kostet nicht nur
343 Zeit, sondern macht den Zugverkehr insgesamt unattraktiver. Deshalb müssen die
344 unterschiedlichen nationalen Verkehrsnetze europaweit vereinheitlicht werden. Ein
345 gemeinsames Verkehrsnetz braucht gemeinsame Standards, von Ticketsystemen und Bahnsteighöhen
346 bis zu Sicherheitsstandards. Nur wenn die Kleinstaaterei aufhört, kann Europa mehr Personen-
347 und Güterverkehr auf die Schiene verlagern. Das schont das Klima und senkt die Belastung
348 durch Schadstoffe. Eine Akzeptanz in der Bevölkerung für mehr Güter auf der Schiene wird es
349 aber nur geben, wenn Güterzüge deutlich leiser werden. Dafür werden wir uns weiter
350 einsetzen. Wir brauchen massive Investitionen in transnationalen Güter- und Personenverkehr.
351 Wir setzen uns für die Wiederaufnahme europäischer Nachtzüge zwischen allen Metropolen und
352 einen funktionierenden Pendelverkehr in Grenzregionen ein. Eine gemeinsame Finanzierung bzw.
353 eine Fondslösung kann das unterstützen. Damit Europa über die große Distanz zusammenwachsen
354 kann, müssen Züge auch für lange Strecken endlich eine ernstzunehmende Alternative zu Auto
355 und Flugzeug werden. Nur so wird es weniger Kurzstreckenflüge in Europa geben. Wir machen
356 uns für ein europäisches Hochgeschwindigkeitsbahnnetz stark, mit dem wir Athen und Helsinki,
357 Madrid und Budapest verbinden.

358 *Weltmarktführer für saubere Mobilität*

359 Um die Mobilität der Zukunft zu prägen, muss Europa den Wandel gemeinsam mit der
360 Fahrzeugindustrie anpacken. Neue Automobilhersteller, Mobilitätsdienstleister und
361 Digitalkonzerne aus den USA und China fordern die europäischen Hersteller heraus. Nur wer
362 die saubersten, bequemsten und intelligentesten Mobilitätslösungen anbietet, kann
363 internationaler Marktführer bleiben. Dabei geht es um unglaublich viel: Wertschöpfung,
364 Arbeitsplätze, Klima- und Gesundheitsschutz – um nur einige wenige Aspekte zu nennen.

365 Es sind vor allem die nationalen Regierungen und oft Deutschland, die in Brüssel die CO₂-
366 Grenzwerte für Autos verwässern, Diesel-Tricksereien vertuschen und strengere Abgastests
367 blockieren. Gerade die Große Koalition hat damit der Automobilindustrie einen Bärendienst
368 erwiesen. Wir Grünen wollen den nötigen Technologiewandel vorantreiben: weg vom fossilen
369 Verbrennungsmotor hin zu abgasfreien Antrieben. Dafür braucht es ambitionierte europäische
370 CO₂-Grenzwerte für Neuwagen, eine Förderung der europäischen Ladeinfrastruktur und eine
371 europaweite Quote für abgasfreie Neuwagen, Ab 2030 dürfen nur noch abgasfreie Autos neu
372 zugelassen werden. Verbindliche Zulassungsquoten sollen sicherstellen, dass auch LKW, Busse,
373 Baumaschinen, sonstige Nutzfahrzeuge, Traktoren, Schiffe, Hubschrauber und Flugzeuge nach
374 und nach auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Damit wir es schaffen im Sinne des
375 Pariser Klimaschutzabkommens, den Verkehr bis 2050 nahezu klimaneutral zu gestalten, sollen
376 rechtzeitig nur noch solche Fahr- und Flugzeuge neu zugelassen werden, die klimaneutral
377 angetrieben werden. Hintergrund ist die jahrzehntelange Lebenserwartung der fossil

378 angetriebenen Fortbewegungsmittel. Damit gehen wir den nötigen Schritt für die
379 Stabilisierung des Klimas, Gesundheitsschutz und innovative Arbeitsplätze.

380 Zudem brauchen wir strengere Kontrollen bei Abgastests und das Ende der Steuerprivilegien
381 bei Kraftstoffen. Außerdem wollen wir die Batteriezellenproduktion sowie die Produktion von
382 Wasserstoffautos europäisch unterstützen, um beim sauberen Auto Wertschöpfung und
383 Arbeitsplätze in Europa zu schaffen. Die Förderung der Zellproduktion knüpfen wir an die
384 regionale Verfügbarkeit von erneuerbarem Strom und sparsamen Umgang mit seltenen Metallen,
385 damit das E-Auto eine wirklich ökologische Alternative wird. Beim ÖPNV wollen wir die
386 Elektromobilität voranbringen: Bahnstrecken müssen elektrifiziert und abgasfreie Busse
387 produziert werden. Auch die Entwicklung alternativer, sauberer Antriebe für den
388 Wirtschaftsverkehr in der Stadt und über Land wollen wir vorantreiben.

389 Ziel grüner Mobilitätspolitik ist es, dass Menschen schnell, sicher und emissionsfrei von A
390 nach B kommen. Das erhöht die Lebensqualität in der Stadt und auch auf dem Land. Mithilfe
391 digitaler Technik und kluger Stadtplanung werden Fahrrad- und Fußverkehre, Busse, Bahnen und
392 Autos mit Bike- und Carsharing vernetzt und gefördert. Hinzu kommen neue Entwicklungen wie
393 die intelligente Verkehrssteuerung und demnächst autonome Fahrzeuge, die unter den richtigen
394 Rahmenbedingungen mehr Klimaschutz, Sicherheit und Effizienz schaffen können. Wir wollen die
395 digitalgestützte emissionsfreie Mobilität stärken und damit unsere Lebensqualität erhöhen.
396 Dazu wollen wir auf europäischer Ebene einen Förderwettbewerb für Städte und Regionen
397 starten, die gezielt den Autoverkehr verringern und dafür den öffentlichen Nah-, Rad- und
398 Fußverkehr ausbauen. Diese Modellgebiete können Vorbildcharakter für ganz Europa haben.

399 *Umsteuern bei Flugverkehr und Schifffahrt*

400 Auch den Flugverkehr und die Schifffahrt möchten wir auf einen nachhaltigen Kurs bringen.
401 Wir wollen, dass die EU sich auf internationaler Ebene für weitergehende Klimaziele für die
402 Schifffahrt und den Flugverkehr einsetzt. Wir setzen auf emissionsarme Kraftstoffe und eine
403 klimaneutrale Schifffahrt. Auch der Flugverkehr muss aufholen und seinen Beitrag für den
404 Klimaschutz leisten. Die Forschung und Erprobung alternativer Antriebstechniken wollen wir
405 fördern. Im Schifffahrtsbereich unterstützen wir zielgerichtete Maßnahmen, die zu weniger
406 Emissionen in den Häfen und auf den Weltmeeren führen. Wir setzen auf europaweit
407 verbindliche Vorgaben, wie z.B. weniger als 0,1% Schwefelanteil im Treibstoff oder eine
408 Verminderung von Stickstoffemissionen am Liegeplatz um 80%. Dafür brauchen wir eine
409 entsprechende Hafeninfrastruktur.

410 Neben Nord- und Ostsee sollen weitere EU-Gewässer wie das Mittelmeer als
411 Emissionssonderzonen ausgewiesen und die Nutzung von Schweröl soll generell verboten werden.
412 Wir wollen darüber hinaus eine europaweite Abgabe für Kreuzfahrtschiffe einführen, ähnlich
413 der Flugverkehrsabgabe bzw. Kerosinsteuer. Derzeit sind Kreuzfahrtenreisen nahezu von allen
414 Steuern ausgenommen, der Schiffstreibstoff steht den Reedern ebenfalls steuerfrei zur
415 Verfügung. Diese Ungleichbehandlung wollen wir abschaffen.

416 Neben Nord- und Ostsee sollen weitere EU-Gewässer wie das Mittelmeer als
417 Emissionssonderzonen ausgewiesen und die Nutzung von Schweröl soll generell verboten werden.
418 Zur Erreichung ist eine ausgebaute LNG Tank-Infrastruktur, sowie die Erforschung von
419 alternativen Antriebsstoffen erforderlich. Die Abhängigkeit von Schweröl und Schiffsdiesel
420 muss der Vergangenheit angehören. Speziell der Kreuzfahrtbereich muss sauberer werden und
421 sich für einen verantwortungsvollen Umgang mit Natur und Kulturgütern verpflichten.

422 Auch im Luftverkehr kommt es darauf an, faire Wettbewerbsbedingungen herzustellen.
423 Internationale Flüge unterliegen keiner Mehrwertsteuer und Kerosin wird nicht besteuert. Das
424 wollen wir nicht zuletzt im Sinne der Gleichheit ändern. Zudem muss der internationale
425 Flugverkehr endlich in den europäischen Emissionshandel einbezogen werden, um seinen Beitrag

426 zum Schutz der Atmosphäre beizutragen.

427 Weiterhin setzen wir uns für die Reduzierung des Fluglärms ein. Die aktuellen Regelungen
428 sollen so ausgestaltet werden, dass sie wirksam zu Lärminderung führen.

429 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 430 • eine Europäische Verkehrswende mit Vorfahrt für umweltverträgliche und vernetzte
431 Mobilität,
- 432 • die Förderung sauberer Fahrzeuge und zukunftsfester Arbeitsplätze,
- 433 • eine Schifffahrt ohne Schweröl, dafür mit erneuerbaren Antrieben,
- 434 • einen Umstieg auf weniger, saubere und sicherere Autos,
- 435 • ein Ende der Steuerbefreiung für Kerosin.

436 **1.3 Ressourcenschonende Wirtschaftsdynamik entfachen**

437 Europa steht vor der Jahrhundertaufgabe, seine Wirtschaft ökologisch und sozial
438 umzugestalten. Unser Ziel ist ein Wirtschafts- und Finanzsystem, das nicht auf Kosten von
439 Mensch und Umwelt geht und sich an den planetaren Grenzen orientiert. Dazu müssen unter
440 anderem die sozialen und ökologischen Kosten unserer Art zu wirtschaften und zu leben,
441 transparent gemacht und in die Preise integriert werden. Mögliche negative Auswirkungen auf
442 die Verteilungsgerechtigkeit müssen angemessen aufgefangen werden. Wir Grünen bleiben
443 dagegen hartnäckig, wenn es darum geht, der Wirtschaft einen ökologischen und sozialen
444 Rahmen zu setzen. Erst dieser Rahmen ermöglicht es der Wirtschaft, in einem fairen
445 Wettbewerb ihre Innovationskraft, ihre Ingenieurskunst und ihre technologischen Stärken
446 unter Beweis zu stellen. Das wollen wir unterstützen.

447 Wir wollen eine Modernisierungsoffensive zur Förderung ressourcenschonender und CO₂-armer
448 Innovationen. Dafür brauchen wir eine industriepolitische Strategie, die die europäische
449 Wirtschaft fit für die Zukunft macht und eine neue Wirtschaftsdynamik entfacht. So vereinen
450 wir eine hohe Lebensqualität und gute Jobs mit dem Erhalt unserer natürlichen
451 Lebensgrundlagen. Wir wollen einen Wettbewerb um die ökologischste Produktionsweise
452 entfachen. Die Ökodesign-Richtlinie muss Recycling und Ressourceneffizienz fördern und
453 fordern. Auch wollen wir erreichen, dass die jeweils ressourcenschonendste Produktionsweise
454 nach einiger Zeit zum Standard erklärt wird, den dann alle einhalten müssen. Die Ökodesign-
455 Richtlinie hat das Potenzial, 90 Milliarden Euro pro Jahr an Energie- und Materialkosten
456 einzusparen und 1 Million Jobs zu schaffen. Insgesamt können wir mit einer
457 ressourcenschonenden Wirtschaftsweise bis zu 2,8 Millionen neue Arbeitsplätze in Europa
458 schaffen.

459 Wir verbrauchen die Ressourcen und Rohstoffe unseres Planeten in einem atemberaubenden
460 Tempo. Für nachhaltigen Wohlstand brauchen wir eine Kreislaufwirtschaft, die wertvolle
461 Rohstoffe wiederverwertet. Deshalb muss die Förderung der europäischen Kreislaufwirtschaft
462 Zentralanliegen jeder ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik sein. Der Bauindustrie
463 kommt dabei große Bedeutung zu: So wollen wir - wo möglich - neue Gebäude aus nachwachsenden
464 Baustoffen, wie z.B. Holz errichten. Bei Abrissen müssen die Baustoffe sortiert und recycelt
465 werden. Wir wollen eine echte Kreislaufwirtschaft etablieren, die auf Wiederverwendung und
466 stofflichem Recycling basiert. Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen.
467 Digitalplattformen können dabei vor allem mit Blick auf industrielle Sekundärrohstoffe eine
468 wichtige Rolle spielen. Europa muss darauf achten, dass etwa im Bereich von
469 Elektronikschrott nicht wertvolle Ressourcen rücksichtslos auf Müllkippen in der ganzen Welt
470 exportiert werden, während durch Hightech-Recycling der Rohstoffverbrauch reduziert und
471 Kosten für Unternehmen und für die Umwelt verringert werden können. Dem stetig steigenden

472 Ressourcenbedarf durch immer längere Transport- und Fertigungskosten gilt es
473 entgegenzutreten, indem Transport wie auch Produktion mit den wahren Umweltkosten belegt
474 werden. So fördern wir regionale, energieeffiziente Produktion. Besonderes Gewicht für die
475 Recyclingwirtschaft hat auch die europäische Plastikstrategie, deren Ziel es ist, die
476 ständige Vermehrung von Plastikmüll drastisch einzudämmen.

477

478 *Regionale Wirtschaft stärken*

479

480 Wir wollen die regionale Wirtschaft mit den vor Ort agierenden Unternehmen,
481 Wertschöpfungsketten und Produkten stärken. Denn gerade kleinere Betriebe wie die Bäckerei
482 oder die Gaststätte sind von fundamentaler Bedeutung für die Nahversorgung wie auch für den
483 sozialen Zusammenhalt. Doch diese kleinen häufig inhabergeführten Unternehmen sind heute
484 stark in ihrer Existenz bedroht, dabei wirtschaften sie oft nachhaltiger und
485 verantwortlicher. Denn ihre Prozesse sind regional und kurz und sie spüren die
486 Auswirkungen ihres Handelns stärker.

487 Wir wollen die regionale Infrastruktur der Nahversorgung erhalten und setzen auf klar
488 definierte regionale Kennzeichnungen und Förderkonzepte, auf praxisingerechte
489 Kleinerzeugerregelungen sowie, wenn möglich, auf Toleranz- und Bagatellgrenzen für kleine
490 Betriebe.

491 *Geld nachhaltig anlegen und raus aus den Fossilen*

492 Wir setzen uns dafür ein, Investitionen in fossile Brennstoffe zu stoppen – und sind damit
493 Teil der internationalen Divestment-Bewegung. Statt aus dem Raubbau an unserem Planeten
494 Profit zu ziehen, wollen wir in den Klimaschutz investieren. Das ist auch finanziell
495 sinnvoll, da die internationale Energiewende dazu führen wird, dass Investitionen in Kohle,
496 Öl und Gas mittelfristig abgeschrieben werden müssen. Grüne in Ländern und Kommunen haben es
497 vorgemacht: Auf ihren Antrag hin werden die Kommunal- und Landesfinanzen nachhaltig
498 ausgerichtet. Jegliche Subventionen für die Kohle-Verstromung lehnen wir ab.

499 Die ökologische Modernisierung braucht massive Investitionen, die finanziert werden müssen.
500 Heute wird immer noch viel Kapital in alten fossilen Technologien angelegt. Das ist nicht
501 nur ein ökologisches Problem, sondern gefährdet auch die Stabilität der Finanzmärkte und die
502 Altersvorsorge der Menschen. Wir wollen Finanzmärkte, die nicht in die Vergangenheit,
503 sondern in die Zukunft investieren. Nachhaltige Kapitalanlagen sind dazu ein Wachstumsmarkt,
504 der den Finanzplatz Europa stabiler und zukunftsfähig macht.

505 Grüne Anleihen wollen wir europaweit stärken und eine einheitliche Klassifizierung schaffen.
506 Wir fordern eine Richtlinie für ökologische Transparenz am Finanzmarkt, damit Anleger
507 wissen, wie ökologisch ihre Geldanlage ist. Wir wollen ein europäisches „Green Finance
508 Label“ für Investitionen und Anlagen einführen, die die höchsten Nachhaltigkeitskriterien
509 erfüllen. Außerdem wollen wir ökologische, soziale, darunter auch gleichstellungspolitische,
510 Ziele in der Unternehmensberichterstattung verpflichtend machen und ein unabhängiges Siegel
511 für nachhaltige Geldanlagen einführen.

512 Der Staat ist selbst ein sehr großer Nachfrager von Gütern. Zukünftig wollen wir auch das
513 öffentliche Beschaffungswesen an verbindliche ökologische, soziale und Fairtrade-Kriterien
514 knüpfen. Damit schaffen wir einen gewaltigen Markt für Unternehmen, die ökologisch und
515 sozial wirtschaften. Staatliche Subventionen für klimaschädliches Wirtschaften wollen wir
516 abschaffen. Wir werden die Möglichkeit prüfen, neben sozialen auch ökologische Ziele bei der
517 Mehrwertsteuer zu berücksichtigen, wie zum Beispiel vom EU-Parlament und wiederholt vom
518 Umweltbundesamt empfohlen.

519 Wir wollen die Mittel des Zukunftsfonds im EU-Haushalt für die soziale und ökologische
520 Modernisierung der europäischen Wirtschaft und Infrastruktur nutzen und vor allem kleinen

521 und mittleren Unternehmen sowie dem Handwerk den Zugang zu europäischen Förderprogrammen für
522 energie- und ressourceneffiziente Produktion erleichtern.

523 Wirtschaftspolitik richtet sich oft nur an profitorientierten Unternehmen aus. Chancen
524 bieten insbesondere Genossenschaften und soziale Unternehmen. Wir wollen eine Strategie der
525 EU zur Förderung der Gemeinwohlökonomie. Sie soll künftig in die
526 Unternehmensberichterstattung und in EU-Förderprogramme integriert werden. Unternehmen mit
527 Gemeinwohlorientierung sollen durch eine anerkannte Kennzeichnung gestärkt und bei
528 öffentlichen Aufträgen bevorzugt werden.

529
530 Der Wachstumsmaßstab Bruttoinlandsprodukt (BIP) muss durch ein grünes BIP ersetzt werden,
531 das die Bewertung einer gesunden Umwelt und zufriedenen Gesellschaft sowie die
532 demokratischen und rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen der Wirtschaft beinhaltet.

533 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 534 • das Anlegen öffentlicher Gelder in nachhaltigen Geldanlagen (Divestment),
- 535 • ökologisch transparente Geldanlagen,
- 536 • eine Stärkung der Gemeinwohlökonomie,
- 537 • eine weitreichende Ökodesign-Richtlinie für eine ressourcenschonende Wirtschaftsweise
538 in ganz Europa.

539 **1.4 Natur und Umwelt schützen**

540 Sauberes Wasser, reine Luft, gesunde Böden und intakte Landschaften bilden unsere
541 Lebensgrundlagen. Aber diese sind bedroht. Der ehemals große Reichtum an Tieren, Pflanzen
542 und Lebensräumen schwindet täglich. Lebensräume gehen verloren, Arten sterben aus. Auf den
543 Wiesen und in den Wäldern wird es stiller, es brummt, summt und zwitschert immer weniger:
544 Die Vogelpopulation in Deutschland hat sich in den letzten 30 Jahren halbiert, die Anzahl
545 von Insekten ist seit 1989 um bis zu 80 % zurückgegangen. Rund ein Drittel der bei uns
546 heimischen Arten sind bedroht, darunter viele Bienen. Diese sind jedoch essentiell für die
547 gesamte Landwirtschaft. Ihr Fehlen bedeutet daher auch einen großen volkswirtschaftlichen
548 Schaden. Auch in anderen europäischen Ländern sieht die Situation nicht viel besser aus.

549 Wir setzen unsere ganze Kraft dafür ein, den negativen Trend beim Artensterben zu stoppen.
550 Wir wollen eine artenreiche und intakte Natur erhalten und dort wiederherstellen, wo sie
551 bereits Schaden genommen hat. Das bedeutet auch, dass wir Natura-2000-Gebiete verteidigen,
552 verbessern und Schutzgebiete wo möglich vergrößern. Wir wollen, dass Großschutzgebiete
553 besser geschützt und entwickelt werden. Dazu gehören insbesondere Nationalparks,
554 Biosphärenreservate und auch Naturparks. Wir begrüßen die Rückkehr von Luchs und Wolf, den
555 besonderen Schutzstatus dieser Arten wollen wir erhalten. Ein gutes Wolfsmanagement mit
556 Programmen zum Wildtiermonitoring und zur Vermeidung von Mensch-Wildtierkonflikten werden
557 wir fördern.

558 Die EU, und damit ihre Mitgliedstaaten, hat sich im Rahmen der Vereinten Nationen
559 verpflichtet, den Artenrückgang und die Zerstörung natürlicher Lebensräume bis 2020
560 aufzuhalten – und wird diese Ziele voraussichtlich deutlich verfehlen. Wir fordern daher,
561 umgehend eine ambitionierte europäische Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt für
562 den Zeitraum nach 2020 und ein Nachfolgeprogramm für das 7. Umweltaktionsprogramm zu
563 erarbeiten. Die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung wollen wir darin als neue
564 Leitprinzipien verankern. Der Schutz und die Bereitstellung globaler Gemeingüter erfordert
565 multilaterale Kooperation und angemessene Lastenteilung nach dem Prinzip der "gemeinsamen,
566 aber unterschiedlichen Verantwortung". Beispiel nehmend am Pariser Klimaschutzabkommen

567 streben wir globale Vereinbarungen mit vergleichbarem Konkretisierungsgrad zum Erhalt der
568 Biodiversität und für den Meeresschutz an.

569 In den letzten Jahren war es immer wieder die Europäische Union, die im Bereich der Umwelt-
570 und Naturschutzgesetzgebung Druck gemacht hat. Und es waren die nationalen Regierungen, die
571 sie verwässert oder nicht erfüllt haben. Dann sanktioniert die EU: Um einen der letzten
572 intakten Urwälder in Europa zu retten, hat der Europäische Gerichtshof die polnische
573 Regierung durch Androhung von Strafzahlungen gezwungen, die Abholzung des Białowieża-Waldes
574 zu stoppen. Ebenso hat die EU Deutschland aufgrund der zu hohen Nitratwerte in unserem
575 Wasser verurteilt.

576 Die gute gesetzliche Grundlage beim europäischen Umwelt- und Naturschutz muss von der EU-
577 Kommission und den Mitgliedstaaten umfassend umgesetzt werden. Hierzu sind auf allen Ebenen
578 personelle und finanzielle Kapazitäten zu schaffen. Außerdem muss die EU-Kommission ihre
579 Rolle als Hüterin der Verträge und des EU-Rechts ernst nehmen und hierfür Verstöße gegen das
580 europäische Umweltrecht konsequent durch Vertragsverletzungsverfahren ahnden.

581 Umweltschädliche Subventionen und umweltschädliche Im- und Exporte wollen wir abbauen und
582 damit nachhaltige Produkte und Produktionsverfahren fördern. Außerdem wollen wir
583 transeuropäische grüne Korridore für Biotope vorantreiben und den Naturschutz besser
584 finanzieren. Um Lebensgrundlagen in der EU zu erhalten, braucht es eine intakte Natur. Dafür
585 fördern wir mehr Wildnisflächen: Möglichst bis 2030 wollen wir die Wildnisflächen in Europa
586 verdoppeln. Dafür muss Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen und sein beschlossenes Ziel
587 von 2 % Wildnis bis 2020 umsetzen. Doch all das bringt uns nur voran, wenn wir das mit einer
588 Agrarwende, weniger Pestiziden und Dünger auf den Feldern, mehr agrarstrukturellen Elementen
589 wie Hecken, Randstreifen oder Blühflächen und mehr ökologischem Landbau verbinden. Eine
590 artenreiche Landschaft ist nur mit einer vielfältig strukturierten Landwirtschaft zu
591 erreichen.

592 Für Umwelt- und Tierschutzverbände wollen wir ein volles Verbandsklagerecht schaffen, mit
593 dem Verstöße gegen Umwelt- und Tierschutzgesetze geahndet werden können. Nur so kann der
594 Umwelt- und Tierschutz gegenüber kurzfristigen Industrieinteressen gestärkt werden. Hierzu
595 wollen wir den Anwendungsbereich des Vorschlags der EU-Kommission über eine Verbandsklage im
596 Verbraucherrecht entsprechend ausweiten. Wir wollen die Entscheidungsprozesse
597 demokratisieren, indem wir die Bürgerbeteiligung stärken und Lobbyismus regulieren.

598 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 599 • den Schutz einzigartiger Kulturlandschaften und Urwälder ,
- 600 • grenzüberschreitende Biotope,
- 601 • eine bessere Naturschutzfinanzierung,
- 602 • ein Verbandsklagerecht für Umwelt- und Tierschutzorganisationen

603 **1.5 Die Landwirtschaft so verändern, dass sie unsere Lebensgrundlagen bewahrt**

604 Wir streiten und werben für eine vielfältige, nachhaltige, regional verankerte, bäuerliche
605 Landwirtschaft, die Natur und Tiere schont und gesundes Essen für uns alle erzeugt. Wir
606 wollen eine konsequente Neuausrichtung hin zu einer europäischen Agrar- und
607 Ernährungspolitik, die im Einklang ist mit den europäischen Zielen in der Klima-, Umwelt-,
608 Verbraucher- und Entwicklungspolitik. Zudem möchten wir die vielfältigen Kulturlandschaften
609 in Europa und lebendige ländliche Räume mit zukunftsfesten Betrieben erhalten und das
610 Höfesterben stoppen. Deswegen streiten wir für die europäische Agrarwende: für den Aufbau
611 einer nachhaltigen Lebensmittelproduktion, die sowohl eine gesunde Ernährung sichert als

612 auch hohen Umwelt- und Tierschutzstandards genügt, faire Preise für die Landwirt*innen
613 erzielt und eine vielfältige Agrarstruktur fördert.

614 Wir brauchen eine ganzheitliche Strategie für eine Ernährungswende. Wir wollen ein Umfeld
615 schaffen, in dem es leicht ist, sich gesund zu ernähren. Verbraucher*innen haben das Recht
616 zu wissen, was drin ist. Sie wollen gutes Essen ohne Gentechnik, Antibiotikarückstände und
617 Geschmacksverstärker. Deshalb fordern wir eine leicht verständliche Nährwertampel, eine
618 Reduktion von Zucker, Salz und Fett in hochverarbeiteten Lebensmitteln und eine
619 obligatorische Tierhaltungs- und Gentechnikkennzeichnung. Wir setzen uns für eine nachhaltige
620 Ernährung ein, die gut für die Verbraucher*innen ist und bei der Stadt und Land gemeinsam
621 Umwelt, Klima, Tiere und Böden schützen.

622 Wir setzen uns außerdem gegen Lebensmittelverschwendung ein: Wie schon in Frankreich
623 praktiziert müssen Supermärkte mit einer Größe von mehr als 400 Quadratmetern ihre nicht
624 verkauften Lebensmittel entweder an karitative Einrichtungen spenden, in dafür
625 eingerichteten Regalen kennzeichnen und kostenlos abgeben oder als Tierfutter bzw. Kompost
626 recyceln. Bis dahin entkriminalisieren wir das Containern. Mit Förderprogrammen für
627 Foodsharing und dem Ersatz des Mindesthaltbarkeitsdatums durch ein Verzehrdatum erhöhen wir
628 die Verwertbarkeit von Lebensmitteln.

629 Zusammen mit Landwirt*innen und Umweltverbänden haben wir schon viel erreicht: Immer mehr
630 Verbraucher*innen in der EU wollen gesunde, ökologisch und regional produzierte
631 Lebensmittel. Daher ist Bio-Landbau längst ein fester Bestandteil der europäischen
632 Landwirtschaft geworden. Genauso setzen sich immer mehr Menschen in der EU mit uns für eine
633 bessere Tierhaltung und mehr Umweltschutz in der Landwirtschaft ein, wie zuletzt die
634 europäische Bürgerinitiative gegen Glyphosat gezeigt hat. Doch der Handlungsdruck bleibt
635 groß. Unser mittelfristiges Ziel muss sein, die Landwirtschaft in der EU nach ökologischen
636 Kriterien auszurichten, ähnlich wie das EU-Bio-Siegel sie gegenwärtig schon vorsieht.

637 Durch intensive Landwirtschaft und Monokulturen gehen noch immer europaweit fruchtbare Böden
638 verloren, das Artensterben geht ungebremst weiter, der Pestizideinsatz ist ungemindert hoch
639 und industrielle Tierhaltung degradiert Tiere zu Rohstoffen. Die Landwirtschaft, eine der
640 Hauptbetroffenen der Klimakrise, ist selbst für einen nicht geringen Anteil des Ausstoßes
641 klimaschädlicher Gase und damit mit für die Erderhitzung verantwortlich.

642 Es ist höchste Zeit, eine Agrar- und Ernährungspolitik zu entwickeln, die die europäische
643 Landwirtschaft zukunftsfähig macht. Der Schutz von Klima, Boden, Wasser, Artenvielfalt und
644 Tieren steht im Mittelpunkt dieser neuen Landwirtschaftspolitik. Die europäische
645 Agrarpolitik sollte dazu beitragen, dass die Konsum- und Produktionsstrukturen in Europa
646 nicht die natürlichen Ressourcen und die Lebensgrundlagen bei uns in Europa und in sich
647 entwickelnden Ländern zerstören, indem EU-Agrarprodukte zu Dumpingpreisen die Märkte
648 Afrikas, Asiens und Lateinamerikas überfluten. Vielmehr muss sie dazu beitragen, dass die
649 bäuerliche Landwirtschaft weltweit erhalten wird und die nachhaltigen Entwicklungsziele
650 erreicht werden.

651 *Qualität statt Masse – Neuausrichtung der Agrarförderung*

652 Um die europäische Landwirtschaft an die gesellschaftlichen Herausforderungen anzupassen,
653 muss sich vor allem die Ausgestaltung der aktuellen EU-Agrarförderung grundlegend
654 ändern. Immer noch kommt der größte Teil der bisher knapp 60 Milliarden Euro, mit denen die
655 Landwirtschaft jährlich subventioniert wird, insbesondere großen Betrieben zugute und
656 fördert so Umweltzerstörung, Industrialisierung, Höfesterben und Exportorientierung. Die
657 Mittel belohnen zudem pauschal Bodenbesitz.

658 Eine neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) dagegen soll ausschließlich die über gesetzliche
659 Standards hinausgehenden Leistungen der Landwirtinnen und Landwirte für das Gemeinwohl

660 fördern und ihnen so Alternativen zum Prinzip „wachse oder weiche“ eröffnen. Öffentliche
661 Mittel müssen für eine echte Transformation hin zu einer für Mensch, Natur und Umwelt
662 nachhaltigen Landwirtschaft verwendet werden. Der Ausbau der ökologischen Landwirtschaft,
663 eine natur- und artgerechte Landwirtschaft wie auch eine artgerechte und flächengebundene
664 Tierhaltung werden dann gezielt unterstützt. Gleiches gilt beispielsweise für Betriebe, die
665 weniger oder gar keine Pestizide einsetzen oder Naturschutzmaßnahmen durchführen. Die bisher
666 überwiegend an der Fläche anknüpfende Förderung, die vor allem industriell wirtschaftenden
667 Betrieben zu Gute kommt, soll abgeschafft werden. Nur mit dem Prinzip „öffentliches Geld für
668 öffentliche Leistung“ lassen sich die hohen Agrar-Zahlungen noch rechtfertigen.

669 Die Vorgaben für diese Leistungen müssen auf EU-Ebene definiert werden, damit die
670 Mitgliedstaaten nicht um den niedrigsten Standard konkurrieren. Voraussetzung für jedwede
671 Förderung ist das Einhalten von Umwelt- und Sozialstandards, die ebenfalls für alle
672 Mitgliedstaaten auf EU-Ebene festgelegt werden müssen. Im Rahmen der GAP fordern wir einen
673 Naturschutzfonds von 15 Milliarden Euro jährlich für Naturschutzmaßnahmen in der
674 Agrarlandschaft.

675
676 Die EU muss zum Ziel haben, Kleinbäuer*innen in ärmeren Ländern dabei zu unterstützen, mit
677 agrarökologischen Methoden Lebensmittel für lokale und regionale Märkte herzustellen und so
678 zur Ernährungssicherheit und -souveränität beizutragen. Gleichzeitig müssen die Länder auch
679 stärker beim Aufbau von Wertschöpfungsketten unterstützt werden. Wir wollen ein Monitoring
680 der externen Auswirkungen der GAP einführen.

681
682 Auch die Übermacht des Einzelhandels trägt dazu bei, dass Landwirtinnen und Landwirte in
683 Europa in einen brutalen Wettbewerb sowie Kleinsterzeuger*innen wie etwa in Afrika und
684 Lateinamerika in den Ruin getrieben werden. Umwelt, Menschen und Tiere bleiben langfristig
685 auf der Strecke. Der Einzelhandel kann und muss einen großen Beitrag zur Agrarwende leisten.
686 Daher wollen wir auch marktregulierende Mechanismen prüfen, um die Preise zu stabilisieren.
687 Wir fordern europaweite Regelungen, um Preisdumping im Lebensmittelbereich zu beenden.

688 *Landspekulationen und Aufkauf von Land eindämmen*

689 Das bisher hauptsächlich in Entwicklungsländern um sich greifende Landgrabbing wird
690 zunehmend auch in Europa zum Problem. Privatpersonen und Großinvestoren entdecken Ackerland
691 als sichere Kapitalanlage. Für die ländlichen Regionen hat das fatale Auswirkungen: Für
692 bestehende bäuerliche Betriebe oder Existenzgründer*innen ist es kaum noch möglich, zu
693 fairen Preisen Land zu erwerben oder zu pachten.

694 Bäuerliche Betriebe sollen vor Agrarkonzernen und Bodenspekulation geschützt werden, etwa
695 durch verpflichtende Obergrenzen für Agrarzahungen pro Nutznießer (und nicht nur pro
696 Tochterunternehmen), mehr Geld für die ersten Hektare, um kleine und mittlere Betriebe zu
697 unterstützen, Einstiegserleichterungen für Neugründungen, Transparenz der
698 Eigentumsverhältnisse, Monitoring der Preise und des Zustands des Bodens durch eine
699 europäische Beobachtungsstelle. Landwirtschaftlicher Boden muss vor Spekulationen geschützt
700 werden.

701
702 Antibiotikaresistente Bakterien aus landwirtschaftlicher Tierhaltung können beim Menschen zu
703 Infektionen und Todesfällen führen. Wir setzen uns für eine antibiotikafreie Tierhaltung
704 ein. Damit stärken wir die menschliche Gesundheit, sorgen für eine tiergerechte Haltung und
705 senken den Nitratgehalt in den Gewässern.

706 *Trinkwasser und Gewässer schützen*

707 Wasser ist ein kostbares Gut, das geschützt werden muss. Der Zugang zu sauberem Wasser ist
708 ein Menschenrecht. Doch fast 2 Millionen Menschen in Europa haben keinen ordentlichen Zugang

709 zu Trinkwasser oder sanitärer Versorgung. Die Erderhitzung verschärft diese Situation. In
710 südlichen Ländern wie Spanien, Italien oder Griechenland wird Wasser bereits zu einem immer
711 knapperen Gut. Unsere Art zu konsumieren und zu wirtschaften verschwendet und verschmutzt
712 Wasser zu leichtfertig. Um das Menschenrecht auf Wasser in der EU zu verankern, gründete
713 sich 2012 die Europäische Bürgerinitiative Right2Water, die wir von Anfang an unterstützt
714 haben. Knapp 1,7 Millionen Europäerinnen und Europäer aus 13 EU-Mitgliedstaaten trugen diese
715 erste erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative. Wir werden uns weiterhin jedem Versuch
716 entgegenstellen, die öffentliche Wasserversorgung zum Investitionsobjekt für internationale
717 Unternehmen zu machen.

718 Unser Leitbild sind lebendige Flüsse und Seen in Europa, die in einem guten ökologischen
719 Zustand sind. Gesunde Gewässer sind besonders wertvolle Ökosysteme, denn sie garantieren
720 Artenreichtum. Doch davon sind wir in vielen Teilen Europas noch meilenweit entfernt.
721 Deshalb setzen wir uns vehement für eine ambitionierte Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
722 ein und werden diese durch entsprechende Leitfäden konkretisieren. Außerdem wollen wir den
723 Antibiotikaeinsatz, eine Gülleüberproduktion und den Einsatz Pestizide weiter zurückdrängen.

724 *Insekten- und Vogelsterben aufhalten – Glyphosat vom Acker!*

725 Die industrielle Landwirtschaft ist eine Hauptursache für das Artensterben. Wichtige
726 Lebensräume für Tiere und Pflanzen gehen durch Ackergifte, Überdüngung, Monokulturen,
727 intensive Landnutzung und fehlende Wildnis verloren.

728 Wir reduzieren den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft drastisch, indem wir die
729 giftigsten Pestizide sofort verbieten – darunter auch alle Neonikotinoide, denn sie schaden
730 unseren Insekten und Bienen massiv. Für das Ende des Totalherbizids Glyphosat setzen wir uns
731 weiterhin mit aller Kraft ein – und machen Druck auf die Bundesregierung, die schon einmal
732 auf europäischer Ebene für die Verlängerung der Glyphosat-Zulassung gestimmt hat. Die
733 Zulassungsverfahren für Pestizide wollen wir auf Basis eines gestärkten Vorsorgeprinzips
734 reformieren und das zugrunde liegende Wissenschaftsprinzip transparenter machen. Es braucht
735 dringend eine unabhängige Risikobewertung sowie strenge Kontrollmechanismen.

736
737 Als weitere Maßnahme gegen das Insekten- und Vogelsterben fordern wir die Schaffung von
738 ökologischen Vorrangflächen, wie z.B. Blühstreifen, Hecken, Feldlerchenfenster,
739 Extensivgrünland oder Streuobstwiesen auf jedem landwirtschaftlichen Betrieb.

740 *Landwirtschaftliche Ökosysteme stärken*

741 Eine andere Landwirtschaft bedeutet auch anders anzubauen – gerade im Lichte der
742 Klimaauswirkungen. Das Potenzial verschiedenster Anbaumethoden, robuste landwirtschaftliche
743 Ökosysteme zu bilden – über Push-and-Pull-Techniken und Permakultur bis zu Agroforstsystemen
744 –, ist riesig, ebenso wie das Potenzial ökologischer Anbautechniken, widerstandsfähig
745 gegenüber Krankheiten, Trockenheit, Versalzung, Vernässung zu sein. Dieses Potenzial ist
746 aber in Europa nur in Ansätzen erforscht. Wir fordern daher eine deutlich stärkere
747 Forschungsförderung in diesem Bereich. Denn aktuell werden agrarökologische Methoden – zu
748 denen auch der zertifizierte Ökolandbau gehört – in Europa und weltweit nur mit einem
749 Bruchteil der finanziellen Mittel erforscht und weiterentwickelt, die konventionelle und
750 gentechnische Ansätze erhalten. Wir setzen uns auch für den Erhalt wertvoller
751 Kulturlandschaften ein, beispielsweise der Streuobstbestände.

752 Wir Grünen lehnen seit vielen Jahren – anders als Gentechnik teilweise im medizinischen
753 Bereich und bei der industriellen Produktion – den Einsatz von Gentechnik in der
754 Landwirtschaft ab. So, wie Gentechnik in der Landwirtschaft stattfindet, trägt sie zum
755 Ausbau der Monopole großer Agrarkonzerne bei und führt zu einem Verlust an Biodiversität und
756 landwirtschaftlicher Vielfalt. Die großen Probleme, die Länder wie die USA oder Argentinien

757 als Folge des Einsatzes von Gentechnik haben – wie ein massiver Einsatz von Totalherbiziden
758 wie Glyphosat, Superunkräuter, Gefährdung landwirtschaftlicher Vielfalt, die große
759 Monopolmacht der Agrarkonzerne sowie die eingeschränkte Verbraucherefreiheit –,
760 unterstreichen, wie wichtig diese Ablehnung war und ist. Dass Europas Äcker heute weitgehend
761 frei von Gentechnik sind, ist ein Erfolg der Bewegung und der Verbraucher*innen gegen
762 Gentechnik.

763 Daher ist es essenziell, dass das Vorsorgeprinzip im Zulassungsverfahren entsprechend der
764 Entscheidung des EuGH auch gegenüber neuen Verfahren in der Gentechnik europaweit angewandt
765 wird. Auch die neue Gentechnik unterliegt einer strengen Regulierung und
766 Kennzeichnungspflicht. Die Menschen in Europa wollen mehrheitlich keine Gentechnik auf dem
767 Acker und dem Teller – wir setzen uns dafür ein, dass die Wahlfreiheit für Verbraucher*innen
768 und Landwirt*innen auch gegenüber neuen gentechnischen Verfahren gewährleistet wird. Weil
769 gentechnische Veränderungen nicht rückholbar sind, muss sichergestellt werden, dass keine
770 Organismen freigesetzt werden, die Schaden anrichten können. Die Zulassungsverfahren durch
771 die EFSA müssen transparent und unabhängig vom Einfluss der Agrarkonzerne durchgeführt
772 werden. Zugleich muss der Fokus auf Umweltgefahren ausgebaut und mehr Geld in öffentliche
773 Forschung investiert werden.

774 Der Einsatz von Gentechnik ist aber nicht nur eine Frage der gesetzlichen Zulassung, sondern
775 vielmehr eine Frage der Ethik und der gesellschaftlichen Akzeptanz. Deshalb muss der weitere
776 Umgang mit neuen gentechnischen Verfahren breit gesellschaftlich diskutiert werden. In
777 diesem Zusammenhang halten wir es auch grundsätzlich für höchst problematisch, dass bei der
778 finalen Zulassung einzelner Konstrukte der Kommission und die Mitgliedstaaten im Ständigen
779 Ausschuss ohne das Europäische Parlament entscheiden. Das können wir so nicht akzeptieren.
780 Wir Grünen werden uns dafür einsetzen, dass das Parlament bei dieser Entscheidung angemessen
781 beteiligt und gehört wird.

782 Eine klare Kennzeichnung von Gentechnik ist zentral. Auch Produkte von Tieren, die mit
783 gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden, müssen als solche gekennzeichnet
784 werden. Für den Schutz des gentechnikfreien konventionellen und ökologischen Landbaus ist
785 ein Standortregister nach wie vor unverzichtbar. Die Regelungen zur gesamtschuldnerischen
786 Haftung sind entsprechend so zu gestalten, dass Mehrkosten und Aufwand, der für den
787 gentechnikfreien Landbau entsteht, den Nutzern von Sorten, die mit neuer Gentechnik
788 hergestellt wurden, angerechnet werden.

789 *Keine Patente auf Saatgut, Pflanzen und Leben – Klonen, nein danke!*

790 Die Patentierbarkeit von Saatgut und neuen Züchtungen sehen wir kritisch. Sie führt zu immer
791 größeren Monopolen der Agrarkonzerne. Landwirte werden damit abhängig gemacht, gerade in den
792 Entwicklungsländern mit fatalen Folgen. Problematisch ist zudem, dass Pestizide bei
793 gentechnisch veränderten Pflanzen häufig eingesetzt werden und die Wahlfreiheit der
794 Verbraucher*innen unterlaufen wird.

795 Der entscheidende Kampf ist daher der um ein Verbot von Patenten auf Saatgut und Leben
796 insgesamt. Züchtung muss, wie seit Jahrtausenden, ein Open-Source-System bleiben. Das Recht
797 auf Nahrung ist ein Menschenrecht und damit darf es keine Patente auf Pflanzen und auf Tiere
798 geben. Zugleich fordern wir ein dauerhaftes Verbot des Klonens in der EU. Den Import von
799 Klonen sowie Produkten von deren Nachkommen lehnen wir ab.

800 Wir wollen die Rechte der Kleinbäuer*innen weltweit auf freien Austausch und kostenlose
801 Wiederaussaat von Saatgut sichern. Darüber hinaus wollen wir den Auf- und Ausbau lokaler
802 Saatgutbanken fördern, damit traditionelles Wissen und die biologische Vielfalt erhalten und
803 zugänglich bleiben. Sortenvielfalt ist ein wichtiger Baustein, um das Recht auf Nahrung zu

804 verwirklichen und die Landwirtschaft widerstandsfähiger gegen die Folgen des Klimawandels zu
805 machen.

806 Die zunehmende Konzernmacht zementiert das agrarindustrielle System und arbeitet gegen die
807 dringend notwendige Agrarwende. Die Reform der Wettbewerbsregeln ist der Schlüssel zur
808 Bewältigung der Machtkonzentration im Agrarsystem. Bei zukünftigen Fusionen müssen auch die
809 Auswirkungen auf Umwelt, Artenvielfalt, Gesundheit und Ernährung sowie für die betroffenen
810 Bäuer*innen geprüft werden.

811
812 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 813 • eine Ausrichtung der europäischen Agrarpolitik an ökologischen Kriterien,
- 814 • sauberes Wasser in ganz Europa,
- 815 • ein Verbot von Glyphosat und giftigen Pestiziden,
- 816 • konsequente Regulierung und Transparenz bei Gentechnik,
- 817 • ein Verbot von Patenten auf Saatgut, Pflanzen und Tiere.

818 **1.6 Tierschutz stärken**

819 Gerade angesichts der Klimakrise brauchen wir eine Abkehr von den großen Tierbeständen.
820 Neben den ökologischen Problemen wird schlicht die Futtergrundlage zu knapp, wenn wir nicht
821 alle Ziele der Welternährung und des Naturschutzes über Bord werfen wollen. Deshalb sollten
822 alle Förderungen daran gekoppelt werden, dass die Anzahl der Tiere pro Fläche begrenzt wird.
823 Ein Betrieb sollte also nur so viele Tiere haben, wie er mit dem Ertrag seiner Flächen
824 grundsätzlich ernähren kann. Wir wollen eine kreislaufbasierte Landwirtschaft, die
825 überwiegend regional verortet ist, anstatt das Futter aus Übersee zu beziehen.

826
827 Wir halten Tiere in sehr großer Zahl, um sie zu töten und zu essen. Daraus ergibt sich eine
828 ethische Verpflichtung. Viel zu häufig konkurrieren die EU-Länder um die niedrigsten Preise
829 und reduzieren so die Tierschutzstandards. Wir wollen hingegen, dass die EU alle Tiere durch
830 neue Gesetzgebung und ordnungsgemäße Durchführung bestehender Regelungen schützt. Wir wollen
831 den Tierschutz bei Zucht, Haltung, Transport und Schlachtung innerhalb von zehn Jahren durch
832 ordnungsrechtliche Vorgaben erheblich verbessern, sodass Tierhaltung an den Bedürfnissen der
833 Tiere orientiert ist. Tierprodukte, die den EU-Tierschutzstandards nicht entsprechen, sollen
834 nicht mehr in die EU importiert werden. Zudem sollte eine pflanzliche Ernährung u.a. durch
835 Aufklärungsarbeit und gezielte Angebote gefördert werden.

836
837 Je weniger Tiertransporte, desto besser für die Tiere. Falls Transporte nicht vermieden
838 werden können, müssen sie so unstrapaziös wie möglich sein. Daher fordern wir, dass Tiere
839 verpflichtend zu einem nahe gelegenen Schlachthof gebracht werden müssen – statt zu dem, der
840 am billigsten arbeitet – und wollen deshalb Tiertransporte auf maximal vier Stunden
841 begrenzen. Wir wollen regionale Schlachtstätten und mobile Schlachteinrichtungen fördern
842 sowie regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen aufbauen, um eine Infrastruktur
843 für regionale, tierschutzkonforme Schlachtung zu schaffen. Hierzu gehört auch, Schlachthöfe
844 unter Wahrung des Beschäftigtendatenschutzes durch Videokameras besser zu überwachen. Dabei
845 aufgedeckte Verstöße gegen das Tierschutzgesetz müssen konsequent, hart und sofort geahndet
846 werden.

847
848 Tierschutz darf nicht an nationalen Grenzen enden. Tiertransporte für Zucht, Schlachtung,
849 Tierversuche und Heimtierhaltung müssen europaweit kontrollierbar sein. Das geltende Recht
850 muss umgesetzt werden. Wir wollen den Tierschutzvollzug auch auf europäischer Ebene stärken.

851 Verstöße gegen das Tierschutzgesetz müssen konsequent erfasst und geahndet werden.

852
853 Exporte lebender Schlachttiere sowie Mast- und Zuchttiere in Länder außerhalb der EU sowie
854 jede Form von Klonen und Qualzucht wollen wir verbieten. Anstelle dessen sollen Samen und
855 Fleisch transportiert werden. Wir wollen dafür sorgen, dass Tiere in der EU nicht
856 betäubungslos kastriert werden dürfen und solche Tiere auch nicht mehr in den EU-Binnenmarkt
857 eingeführt werden.

858
859 Das Verbot von Tierversuchen in der Kosmetik muss konsequent umgesetzt und auf weitere
860 Produkte und andere Bereiche, wie z. B. die Chemikalienprüfung, ausgeweitet werden.
861 Zusätzlich benötigen wir eine verbindliche Ausstiegsstrategie aus den Tierversuchen sowie
862 eine verstärkte Förderung für die Erforschung von Alternativen. Bestehende Alternativen sind
863 anzuwenden. Auch Haus- und Straßentiere müssen in Europa ein würdiges Leben haben. Wir
864 fordern ein Ende der Tötung von streunenden Katzen und Hunden. Stattdessen müssen
865 öffentliche und private Maßnahmen der Geburtenkontrolle, etwa die Kastration, gestärkt
866 werden. Auch eine verpflichtende Kennzeichnung und Registrierung von Hunden und Katzen
867 wollen wir einführen.

868
869 Wildtiere, ihre Habitate und Zuggebiete wollen wir besonders schützen. Hierfür sind
870 internationale Arten- und Naturschutzabkommen konsequent umzusetzen. Wir wollen illegalen
871 Wildtierhandel in Europa bekämpfen und den Import von Wildtieren und -pflanzen in die EU
872 besser regulieren. So wollen wir die Instrumente internationaler Artenschutzabkommen (z. B.
873 CITES) stärken und zielgerichteter sowie schneller anwenden. Für Arten, die selbst in
874 zoologischen Gärten nicht art- und anspruchsgemäß gehalten werden können, wollen wir den
875 Import beenden, internationale Arterhaltungszuchtprogramme jedoch ermöglichen.

876
877 *Fischbestände schützen*

878 Wir machen uns stark für eine nachhaltige EU-Fischereipolitik und für ein Netzwerk von gut
879 überwachten Meeresschutzgebieten in ganz Europa. Unsere Meere müssen geschützt und die
880 Überfischung muss gestoppt werden. Nur die nachhaltige Bewirtschaftung von Fischbeständen
881 gibt der Fischerei eine Zukunft. Um der katastrophalen Plünderung der Meere und der
882 Fischbestände Einhalt zu gebieten, reichen kosmetische Korrekturen der EU-Fischereipolitik
883 nicht aus. Fangquoten müssen verbindlich an wissenschaftlichen Kriterien ausgerichtet
884 werden, statt rein politisch festgelegt zu werden. Wir wollen die schädlichen Fischerei-
885 Subventionen beenden und fordern wirksame, lückenlose Fischereikontrollen sowie scharfe
886 Sanktionen beispielsweise bei Verstößen gegen die Anlandepflicht für Beifang. Die
887 Tiefseefischerei und besonders umweltschädliche Fangmethoden wollen wir gänzlich verbieten.
888 Ein Leerfischen der Meere für unseren Konsum lehnen wir ab. Wie wollen Alternativen zur
889 Stellnetz- und Schleppnetzfisherei voran bringen, um die Umwelt- und Tierschutzschäden zu
890 minimieren. Diese können ökologische Aquakulturen sein, technische Verbesserungen, die
891 Beifänge minimieren oder alternative Fangmethoden. Funktionierende Alternativen wollen wir
892 zum europäischen Standard erklären.

893
894
895 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 896 • ambitionierten Tierschutz von der Landwirtschaft bis zu Heimtieren,
- 897 • eine Ausstiegsstrategie für das Ende von Tierversuchen,
- 898 • eine EU-Fischereipolitik, die unsere Fischbestände erhält.

899 **1.7 Europa vom Plastikmüll befreien**

900 Unser Ziel ist ein Europa ohne Plastikmüll, mit sauberen Meeren, einem reichhaltigen
901 Fischbestand und einer Natur ohne Müll. Die Realität sieht bedrückend anders aus: In den
902 Ozeanen schwimmen Plastikmüllteppiche von der Größe Mitteleuropas. Auch unsere Flüsse und
903 Böden leiden unter der zunehmenden Vermüllung. Wenn wir jetzt nicht radikal umsteuern, wird
904 es 2050 mehr Plastik als Fische im Meer geben. Inzwischen findet sich Mikroplastik sogar in
905 der Arktis und im Gletschereis – obwohl dort nahezu keine Menschen leben.

906 Ein erster Schritt dagegen ist ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika, Körper- und
907 Pflegeprodukten. Denn Mikroplastik schadet nicht nur den Fischen, sondern kann
908 möglicherweise auch für unsere Gesundheit schädlich sein. Mikroplastik wurde schon in Salz,
909 Bier und Mineralwasser nachgewiesen. Welche giftigen Plastikzusätze wir dadurch zu uns
910 nehmen, weiß bisher niemand genau. Auch für das Klima ist Mikroplastik schlecht. Denn durch
911 den Zerfall in immer kleinere Partikel wird Methan freigesetzt – das wiederum zur Erhitzung
912 unserer Erde beiträgt.

913 *Plastikflut eindämmen*

914 Das Importverbot für Plastikmüll, das China Anfang 2018 verhängt hat, beweist, welch
915 riesiges Problem wir haben. Allein aus Europa importierte China rund 1,5 Millionen Tonnen
916 Plastikmüll pro Jahr. Seither müssen die Mitgliedstaaten ihre Müllberge selbst in die Hand
917 nehmen.

918 Um die zunehmende Plastikflut einzudämmen, brauchen wir anspruchsvolle Minderungsziele für
919 Plastikabfälle und höhere Recyclingquoten. Bis 2030 müssen wir unseren Verpackungsabfall in
920 der EU um 50 % reduzieren. Außerdem darf es nicht sein, dass Plastikmüll weiterhin deponiert
921 wird. Das wollen wir ändern. Ab 2030 müssen alle in der EU in den Verkehr gebrachten
922 Kunststoffprodukte wiederverwendbar oder komplett abbaubar sein oder kosteneffizient
923 recycelt werden können.

924 Plastik ist nicht per se schlecht. Für viele Einsatzgebiete, etwa in der Medizin, ist
925 Plastik ein wichtiger und sinnvoller Werkstoff. Problematisch ist die zunehmende Verwendung
926 von Plastik für Einweg- und Wegwerfprodukte. Denn als langlebiges Produkt darf Plastik nicht
927 in erster Linie für wenige Minuten verwendet werden, wie das beispielsweise bei Trinkhalmen
928 der Fall ist. Da, wo es Alternativen gibt, müssen sie auch genutzt werden.

929 Die Europäische Kommission hat dieses Problem in ihrer Plastikstrategie aufgegriffen und
930 unter anderem ein Verbot von Wegwerfprodukten aus Plastik wie Wattestäbchen, Plastikgeschirr
931 und auch Trinkhalmen angestoßen. Das ist ein guter Ansatz, bislang sind die Überlegungen der
932 Europäischen Kommission hierzu jedoch nur sehr vage ausgeführt. Wir Grüne setzen uns dafür
933 ein, dass die Verbotsliste um leichte Plastiktüten wie auch um Produkte aus der Industrie
934 und der Baubranche ergänzt und dann konsequent und möglichst zeitnah umgesetzt wird. Auch
935 reicht ein solches Verbot noch nicht, um den Massen an Einwegplastik umfangreich Einhalt zu
936 gebieten.

937 Zudem braucht es eine EU-weite Plastiksteuer auf Wegwerfprodukte. Eine solche Abgabe bietet
938 den Anreiz, Verpackungsmüll zu reduzieren, indem die Rohstoffe verteuert werden. Zugleich
939 kann dadurch der Anteil von recyceltem Plastik gesteigert werden. Erdöl und Erdgas zur
940 Produktion von Kunststoffen dürfen nicht subventioniert werden. Die Besteuerung von Plastik
941 muss in eine umfassende und ambitionierte Strategie zur Einsparung und Vermeidung von
942 Plastik, zur Steigerung des Mehrweganteils und für besseres Produktdesign eingebettet
943 werden. Dazu gehört auch, die Forschung und Entwicklung von alternativen Materialien
944 auszubauen.

945 *Recycling stärken*

946 Wir wollen das Recycling von Plastik stärken. Auch hier bietet die Plastikstrategie der EU-
947 Kommission einen guten Ansatz, der jedoch erweitert werden sollte. Die Recyclingkapazitäten
948 in der EU müssen massiv ausgebaut werden. Dazu brauchen wir ein ökologisches und
949 recyclingfreundliches Produktdesign. Die Verpackungsindustrie muss hierzu ihren Beitrag
950 leisten. Denn immer mehr Verpackungen setzen sich aus vielen unterschiedlichen Materialien
951 zusammen – was die Recyclingfähigkeit einschränkt.

952 Getränkeflaschen sind ein Alltagsprodukt aus Plastik. Doch während wir in Deutschland ein
953 funktionierendes Mehrwegsystem haben, besteht auf europäischer Ebene noch Handlungsbedarf.
954 Qualitativ hochwertige Plastikflaschen können rund 40 Mal wieder befüllt werden. Das ist
955 wesentlich ökologischer als Einmalflaschen, die direkt in den Müll wandern. Unser Ziel ist
956 eine Mehrwegquote in der EU. Deutschland, Österreich und Portugal sind hier schon sehr viel
957 weiter als andere Mitgliedstaaten. Daher muss eine solche Quote zunächst gestaffelt
958 aufgebaut werden, um allen die gleichen Chancen zu geben. Für Einweggetränkeflaschen
959 brauchen wir ein EU-weit einheitliches Pfandsystem. Denn gerade diese Wegwerfprodukte
960 vermüllen unsere Landschaften, Strände und Meere.

961 Mit einer ambitionierten Strategie für ein plastikmüllfreies Europa können wir Vorbild sein.
962 Die Europäische Union muss sich aber auch für eine internationale Plastikkonvention unter
963 dem Dach der Vereinten Nationen einsetzen. Schließlich kennt Plastikmüll keine Grenzen.

964 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 965 • ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika, Körper- und Pflegeprodukten,
- 966 • eine europäische Plastiksteuer,
- 967 • verbindliche Mehrwegquoten,
- 968 • ein EU-weit einheitliches Pfandsystem für Einweggetränkeflaschen.